

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 3 (1948)

Heft: 3

Artikel: Konjunkturelle Aspekte

Autor: Ernst, E.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-890898>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konjunkturelle Aspekte

E. ERNST

Die Hochkonjunktur der letzten Jahre ist im Abflauen begriffen. In der Metall- und Maschinenindustrie sind zwar die alten und grossen Betriebe auf Jahre hinaus mit Aufträgen versehen, aber unter den jüngeren und kleineren Betrieben, welche im Laufe des Krieges entstanden und Waren herstellten, welche durch den Gang der Entwicklung nicht mehr importiert werden konnten, beginnen teilweise Kämpfe. Auf Warengebieten, in denen neue Importe eintreten, die während des Krieges versiegten waren, begann eine empfindliche Konkurrenz. Das jüngste Beispiel zeigt sich am Streik in der Lederwarenfabrik in Schaffhausen. Von Deutschland kommen neue Importe von Lederwaren. Die Lederwarenfabrik AG. Schaffhausen hatte im Kriege amerikanische Bomben erhalten. Sie hatte neu gebaut und vergrössert. Die Amerikaner haben bekanntlich den Schaden noch nicht bezahlt. Aber sie lassen von Deutschland die Konkurrenz importieren, und schon ist der erste Krisenstreik ausgebrochen.

Ein anderes Beispiel: Die schweizerischen Buchverlage hatten gegen Ende des Krieges gehofft, nach Deutschland exportieren zu können. In dieser Hoffnung wurden entsprechende Werke neu verlegt. Aber der Export wurde nicht möglich. Ausserdem entstanden in der besagten Hoffnung eine Reihe neuer Verlagshäuser. Nun benützen die Amerikaner ihre Position in Deutschland dazu, die bekannte Zeitschrift «Readers Digest», die in vielen Sprachen und mit höchsten Auflagen erscheint, indem sie Auszüge von Presseerzeugnissen anderer Blätter bringt, auch in deutscher Sprache herauszubringen mit dem besonderen Zweck, diese Zeitschrift in einer Auflage von 100 000 in der Schweiz zu vertreiben, nachdem sie schon in einer Auflage von 60 000 in französischer Sprache in der welschen Schweiz vertrieben wird. Schweizerische Zeitschriften haben keine so hohen Auflagen. Nur mit Mühe vermochte man

im neuesten Handelsvertrag mit der JEYA, der amerikanischen Exportinstanz für Deutschland, das Bedürfnis der schweizerischen Verleger durchzubringen, dass Gegenrecht gehalten werde und auch schweizerische Werke nach Deutschland exportiert werden können. Es ist dafür ein Kontingent vorgesehen, das in keiner Weise dem Exportbedürfnis des schweizerischen Verlagswesens genügt.

Die Beispiele zeigen, wo die Konjunktur besonders krankt: im Rechtswesen. Nicht nur das «Gegenrecht» hinkt: auch die Beständigkeit und die innere Wahrhaftigkeit der Rechtsverhältnisse sind morsch. Und da alle *Geldverhältnisse* im wesentlichen *Rechtsverhältnisse* sind, kann man das wesentliche Kennzeichen der Konjunkturlage darin erblicken, dass das Geld, wie schon seit Jahren, weiterhin schlechter wird.

Man kann (wenn man sie bekommt), mit etwa 45 Papierfranken 20 Goldfranken bezahlen. Aber weil die Nationalbank das Gold für sich behält, kann auch derjenige, der gerne 45 Franken bezahlen würde, kaum zu dem goldenen «Vreneli» kommen. Woher röhrt dieser abnorme Fall? Eine grosse Goldschieberaffäre trat dabei auch ein.

Wo das Recht zerrüttet wird, verschlechtert sich das Geld. Darum entsteht in der Zeit der Rechtsverwilderung eine Lage, in welcher man zum Gelde wenig Zutrauen hat und sich nur auf «Sachwerte» verlässt. Dadurch aber werden die Sachwerte rar. Renditenhäuser, die zu den Sachwerten gehören, sind rar, und wo sie angeboten werden, rentieren sie kaum. Es werden Häuser mit einer Bruttorendite von 5 Prozent gekauft, nur weil man den dabei zu erwartenden Verlust für geringer hält als Anlagen in nominellen Geldwerten. Die Verwilderung der Rechtsverhältnisse ist zum grossen Teil dadurch bedingt, dass Handelsverträge von Land zu Land durch die politischen Behörden abgeschlossen werden. Entsteht alsdann irgendeine Differenz zwischen den politischen Vertragspartnern, so wird der Handelsverkehr gestoppt, trotzdem die effektiven Handelspartner mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben. Sie müssen als Geiseln herhalten. So wurde der Handelsverkehr zwischen Argentinien und der Schweiz zum Schaden der Exportindustrie gestoppt, weil die politischen

Vertragspartner verschiedene Auffassungen haben über die Termine, in denen die Clearingschulden abzudecken sind. So wurde zwischen Rumänien und der Schweiz ein Stopp vollzogen, weil eine Spionageaffäre zu Differenzen führte. Anderseits wirken politische Vorkommnisse auch gelegentlich stimulierend auf gewisse Konjunkturgebiete. Als im Laufe des Frühjahrs in den Kreisen der amerikanischen Hochfinanz die Meinung aufkam, Russland und Amerika würden sich verständigen, gab es an der New Yorker Börse einen «Boom», an dem sich auch schweizerische Interessen beteiligten.

Damit kommen wir auf die Verhältnisse auf dem Kreditmarkt. Seit dem Dezember des letzten Jahres machte sich eine Kreditrestriktion bemerkbar. Vorerst erfuhr man als Grund, dass grosse Handelskredite für Warenlager erteilt worden seien, so dass weitere Krediterteilungen zurückgehalten werden müssten. Im Laufe des Jahres 1948 aber erfuhr man, dass der Grund noch in andern Punkten zu suchen sei: man wollte die Preisanstiege, die mit einer allzu günstigen Konjunktur verbunden sind, hemmen. Werden die Kredite verringert, so wird der Handel gebremst und der Preisanstieg hintangehalten.

Damit kommen wir auf die merkwürdigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Preisbildung. Im Laufe des letzten Jahres wurde ein «Stillhalteabkommen» auf dem Gebiete der Preise und Löhne abgeschlossen, an dem nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Gewerkschaften beteiligt waren. Der Bundesrat hatte einen Appell an die wirtschaftlichen Kreise gerichtet im Sinne eines Preis- und Lohnstopps. Nun trat das Merkwürdige ein: Sowohl die Unternehmer als auch die Arbeiter hielten sich an dieses Abkommen. Aber einer hielt sich nicht daran: der Bund! Er erhöhte in seinen eigenen Betrieben die Preise wacker: die Post- und Bahntarife wurden verteuert. Dafür wird der Weisswein verbilligt durch den «Rubbatteller», der am Beispiel bundesamtlicher Weinpantscherei eindrücklich zeigt, wo die Quelle der Rechtsverwilderung zu suchen ist. Ein vernünftiger Mann äusserte sich zu dieser Frage, weil er kaufmännisch richtig dachte, folgendermassen: Es ist nicht einzusehen, weshalb man die Räusche verbilligt mit einem Aufwand von 10 Millionen Bundesgeldern und daraufhin für Trinkerheilung

nochmals viele Millionen ausgibt. Kaufmännisch wäre es richtiger, den Waadtländer Weinhändlern den Weisswein abzukaufen und ihn in den Genfersee zu schütten. Die Bilanz wäre günstiger, als wenn man das Recht zerrüttet und die Trunksucht fördert.

Ein besonderer Faktor konjunktureller Entwicklung liegt dadurch vor, dass mit dem Inkrafttreten der AHV. mit ihrem wahnwitzigen «Deckungskapital» schon im ersten Jahr 450 Millionen Franken «anlagesuchend» werden. Damit wird die Kommission, welche dieses Deckungskapital zu verwalten hat, zum grössten Geldgläubiger im Lande. Es dürfte als besonderes Zeichen der Zeit gelten, dass diejenigen, welche das Geld zusammenbringen, nichts dazu zu sagen haben, wie es angelegt werden soll. Der Bund nimmt es zuhanden, als ob es ihm gehören würde. Es wird ungefragt in Nominalwerten angelegt: also in solchen Geldgebieten, die ihren Wert ganz bestimmt im Laufe der Zeit verlieren, weil keine grosse Aussicht darauf besteht, dass die Rechtsverhältnisse gesünder werden. Würde man das Geld in Sachwerten anlegen, beispielsweise im sozialen Wohnungsbau, so würde man nicht nur die Wohnungsnott rasch beheben und die drohende Mietzinserhöhung unterbinden können, sondern auch den Versicherten der AHV. garantieren können, dass ihr Geld wertbeständig bleibt. So aber befinden wir uns in der Lage, dass durch die AHV. die Staatswirtschaft ungeheuer verstärkt wird, ohne dass mit dem Geld der Versicherten konjunkturelle Sicherheitsaussichten auf lange Sicht geschaffen würden.

Da die Steuereingänge noch immer befriedigen, glaubt man denn auch, konjunkturell ruhig weiterwursteln zu können. E.

*Für Recht und Gerechtigkeit zu kämpfen, ein Leben in
Uebereinstimmung mit seinem religiösen Glauben zu
führen, ist keineswegs leicht, bringt aber ungeheure
Genugtuung und grosses Glück, selbst wenn es mit Leiden
und Armut verbunden ist.*

Sir Stafford Cripps
